

Sicherheitsbehörden im Spannungsfeld von Massenmedien

Die Presse musste in den letzten Jahrzehnten verschiedenen anderen Medien mehr und mehr weichen. Radio und Fernsehen, aber auch die neuen Medien wie Internet und ähnliche haben das geschriebene Wort auf Papier in der Bedeutung zurückgedrängt. Trotzdem ist die Presse ein wichtiges Arbeitsfeld der Journalisten geblieben; die bedeutsamen Tageszeitungen und die Wochenzeitungen mit grossen Auflagen spielen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Meinungsbildung. Zudem verfügt das gedruckte Wort über einen langfristigen Einfluss. Während das gesprochene Wort und das Fernsehbild mit der Zeit an Kontur verlieren, überlebt das geschriebene Wort meistens in Archiven und Bibliotheken Jahrzehnte oder Jahrhunderte.

Medien und Macht

Die Medien jagen mit der "veröffentlichten Meinung" der angeblich "öffentlichen Meinung" hinterher, um ihre Auflagenzahlen zu erhöhen. Sie stehen im Banne der Macht der Massen und gehen allen Veränderungen hastig nach, weil sie fürchten, Leser an die Konkurrenz zu verlieren, und kleinere Auflagenzahlen zugleich die heute wichtigen Werbeeinnahmen schmälern würden. Die Medien sind damit weitgehend zum Sprachrohr einer pseudoöffentlichen Meinung "verkommen". Die meinungsprägenden Zeitungen, die über längere Zeiträume mit Verantwortung und Wahrheitsanspruch arbeiten, sind am verschwinden; übrigbleiben werden wahrscheinlich sogenannte "Minuten- und Pendlerzeitungen", die kostenlos erhältlich sind.

Der Journalist ist Spielball

Der Journalist ist zum Spielball der Bedürfnisse der Redaktionen und der Massen degradiert worden. Das Kürzel oder den Namen vor dem entsprechenden Artikel, sofern es einen gibt, nimmt kaum noch jemand zur Kenntnis. Der Austausch von Informationen und Meinungen wickelt sich nicht mehr zwischen Menschen ab, sondern zwischen Lesern und Zeitungsmaschinerien. Redaktionen und Leser treiben den Journalisten mit dem kaum erfüllbaren Anspruch auf Objektivität zur

Arbeit, bei welcher der Journalist oft der desinformierte und missbrauchte ist.

Persönlichkeiten ohne Verantwortung

Die Persönlichkeiten aus Regierung, Parlament und Kirche denken nicht mehr daran, die öffentliche Meinung zu prägen, sondern suchen ihr zu folgen; die Angst vor der veröffentlichten und öffentlichen Meinung ist derart gross, dass sie sich oft der Lächerlichkeit preisgeben und nicht mehr ihrer Verantwortung als Vertreter des Volkes nachkommen. Die Heuchelei der Persönlichkeiten im Verbund mit den Medien führt zur Zerbröckelung der Anschauungen und zur Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber allem, was ihren unmittelbaren Vorteil nicht näher berührt.

Desinformation und Manipulation

Die bereits vorhandenen Meinungen der Öffentlichkeit sind demnach von ausserordentlicher Wichtigkeit für die Presse, und es scheint deshalb grundsätzlich nicht möglich zu sein, dass die Medien aus dem Nichts heraus eine breite öffentliche Meinung aufbauen können. Die enorme Presse- und Meinungsvielfalt in Europa bilden zudem eine wichtige Abwehr gegen Desinformation und Manipulation. Trotzdem gelingt es einigen Desinformanten immer wieder, durch geschickte Anwendungsarten oder Inszenierungen längerfristig eine Meinungsänderung zu bewirken. Und



Hans-Ulrich Helfer als Referent am Europäischen Polizeikongress in Berlin zum Thema Sicherheitsbehörden im Spannungsfeld von Massenmedien. Er ist auch Mitglied der Reporter ohne Grenzen (RoG).

dort, wo es sich um völlig neue Nachrichten über einen bisher unvertrauten Sachverhalt handelt, stossen Information und Desinformation auf einen meinungslosen Empfänger, der für die Manipulation besonders anfällig ist.

Vierte Gewalt

Trotz all dem ist sich die Gesellschaft einig, dass den Fach- und Massenmedien eine Kritik- und Kontrollfunktion zukommt und dementsprechend ihre Rolle als vierte Gewalt in einem Staat spielen sollen. Dies trifft ganz besonders auch für die Schweiz im Herzen Europas zu, wo über alles diskutiert und abgestimmt werden darf. Es stellt sich heute aber für ganz Europa die Frage, ob Sicherheitsbehörden und deren Mitglieder zu sensibel sind, wenn sie von den Medien hart kritisiert, scheinbar beurteilt, öfters aber vorverurteilt oder einfach abgeurteilt werden. Betroffene Beamte sprechen immer öfters von gejagt, beeinflusst oder sogar davon, dass sie von der

Medienfreiheit

vierten Gewalt gelenkt würden. Es ist zu fragen: Leiden die Beamtinnen und Beamten der zur Frage stehenden Behörden schlicht und einfach unter Paranoia oder gibt es tatsächlich Entwicklungen, welche in ihrem Endspiel nicht mehr im Interesse des Staates, das heisst im Verlangen der Bevölkerung nach Ruhe, Sicherheit und Ordnung liegen? Wie sollen sich Sicherheitsbehörden gegenüber ungerechtfertigten Beschuldigungen durch Medien benehmen?

ris, so dass mehrere Untersuchungen in die Wege geleitet wurden. Einige Monate war es sodann ruhig bis eine Geschäftsprüfungskommission ihre Resultate bekannt gab, worüber nur wenige Medien berichteten, der Tages Anzeiger am 27. November 2009 schliesslich: "Aufregung um Geheimtruppe Tigris war Sturm im Wasserglas." Es ist ein klassischer Fall wie verschiedene Medien in der Hetze um Auflagenzahlen ein Thema aufbauschten und es schliesslich wie einen heissen Kar-

agieren sie öfters auch aus Abhängigkeit von vielen Institutionen, wie Parteien, Unternehmen, usw. Aus reiner alltags Überforderung sind Journalisten und Redaktoren öfters nicht mehr in der Lage, das richtige Augenmass zu behalten oder den Kern der Wahrheit zu erkennen. Erst nach Unfähigkeit, Abhängigkeit und Überforderung steht die mediale Ausübung von Macht über die Mittel von Desinformation und Manipulation.



Vorwürfe an die Medien

Wenn Frau Hanni Bundi Ryser, ein Mitglied der Geschäftsleitung des Verbandes Schweizer Polizei Beamter (VSPB), im offiziellen Organ "Police" 7/2009 titelt "Wenn die Presse Jagd nach der Polizei macht" und Massnahmen gegen falsche und tendenziöse Berichterstattung fordert, dann darf man ruhig davon ausgehen, dass im hier besprochenen Thema zumindest Rauch wenn nicht sogar Feuer vorhanden ist. Solche Hilferufe und Aussagen sollten von den Verantwortlichen verschiedener Ebenen wirklich ernst genommen werden.

Um ihre Worte zu unterstreichen, könnten hier etliche Fälle von Desinformation und Manipulation im Detail vorgetragen werden. Ein krasser Fall von eigentlicher Hetzjagd geschah im Frühling 2009 im Zusammenhang mit der Einsatzgruppe TIGRIS der Bundeskriminalpolizei: Am 19. März 2009 schrieb die Wochenzeitschrift Weltwoche unter dem Titel "Kampftruppe Tigris: die geheime Bundespolizei": "Die Bundeskriminalpolizei baut sich heimlich eine schwerbewaffnete und millionenteure Kampfeinheit auf, ohne politischen Auftrag, ohne transparentes Budget und ohne parlamentarische Kontrolle." Obschon das Bundesamt für Polizei sofort eine dreiseitige Richtigstellung veröffentlichte, kam es in den folgenden Tagen zu einer Hetzjagd gegen die Einsatzgruppe Tigtoffel fallenliessen, ohne dass die Verursacher sich in Selbstkritik geübt hätten.

Regeln / Verantwortlichkeiten

Es gehört zu den Aufgaben aller Medien, die Bürger über Ereignisse von öffentlichem Interesse zu orientieren. Die Redaktoren und Journalisten entscheiden dabei in eigener Verantwortung, in welchem Spielraum und in welcher Form sie das tun. Anderseits ist es die Aufgabe der Polizei, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung sicher- oder wieder herzustellen. Es ist nur logisch, dass es im Spannungsfeld zwischen journalistischer und polizeilicher Tätigkeit zu Situationen kommen kann, in denen sich einerseits der Journalist und anderseits der Polizeibeamte durch den anderen behindert fühlt.

Zweifellos unterstehen die Medien nur wenigen aussenstehenden Kontrollen und die internen versagen oft kläglich im Alltagskampf um die Auflagen. Es wäre wunderbar, wenn die Medien die ihr zustehenden Funktionen zu aller Zufriedenheit erfüllen würden. Medien sind aber nicht nur Desinformanten oder Manipulanten, sondern es gibt einige weit wichtigere Gründe für ihre Unzulänglichkeit: An erster Stelle steht eindeutig die Unfähigkeit. Viele Journalisten und Redaktoren sind schlecht ausgebildet und massen sich an, ihr Metier zu beherrschen. Sodann

Desinformation und Manipulation

Die Grenzen zwischen der Desinformation und der Manipulation sind fliessend. Nicht selten wird die Desinformation lediglich als legitime Propaganda bezeichnet. Desinformation ist die bewusste oder unbewusste Weitergabe und Zurückhaltung von Informationen, die beim Empfänger eine falsche Meinungsbildung bewirken. Manipulation ist die vorsätzliche Weitergabe von verfälschten Informationen, mit denen sich der Manipulant einen Vorteil verschaffen will. Bei der Desinformation sind insbesondere die Auswirkungen beim Empfänger zu berücksichtigen. Bei der Manipulation ist der Vorsatz des Manipulanten von primärer Bedeutung.

Polizei sollte aktiver auftreten

Was können Betroffene gegen unfähige, abhängige und überforderte sowie desinformierende Medien tun? Die Allgemeinheit hat viele Möglichkeiten dagegen anzugehen, von der Gründung eigener Medienerzeugnisse bis hin zur Strafklage. Weniger, aber nicht keine, Chancen haben die Sicherheitsbehörden und deren Angehörige. Die Medienstellen der Polizeikorps, deren Führung sowie die politischen Vorgesetzten sollten aktiver auftreten und mehr Mut gegenüber den Medien zeigen. Einerseits sollten die Informationsverantwortlichen die Arbeit der Sicherheitsbehörden besser der Öffentlichkeit näher bringen, aber anderseits und das scheint wichtig zu sein -, Falschmeldungen strikt nach dem Presserecht korrigieren und auch auf eine Korrektur bestehen, was leider viel zu wenig getan wird. Auch der Weg zum Presserat oder Ombudsmann sollte von Behörden öfters beschritten werden. Die Medien-Beobachtung und etwelche Beschwerden sowie Richtigstellungen verhindern deren Fehlleistungen nicht, aber sie zeigen den Medienverantwortlichen, dass auch Sicherheitsbehörden einen Anspruch auf korrekte und faire Behandlung haben. Ein unnötig hohes Spannungsfeld zwischen Medien und Sicherheitsbehörden nutzt beiden nicht viel und schon gar nicht der Gesellschaft.

Türkei muss Pressefreiheit respektieren

Reporter ohne Grenzen fordert den türkischen Ministerpräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Recep Tayyip Erdogan auf, endlich die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei zu respektieren. In den vergangenen Monaten ist es zu zahlreichen Fällen massiver Zensur gekommen, mehrere Journalisten stehen wegen kritischer Berichterstattung vor Gericht.

richtsverfahren und Haft rechnen. Der Karikaturist Mehmet Düzenli sitzt etwa seit 12. Juni dieses Jahres wegen einer kontroversen Zeichnung über den muslimischen Prediger Adnan Oktar für insgesamt drei Monate in Haft.

"Als Ministerpräsident hinterlässt Erdogan beim Thema Pressefreiheit eine fatale Bilanz, er hat die Medien während der vergangenen Jahre gezielt an die Kandare genommen und kritische Journalisten unter Druck gesetzt", sagt ROG-Geschäftsführer Christian Mihr in Berlin. "Wir fürchten, dass er auch als Staatspräsident die freie Meinungsäusserung einschränken wird. Die Europäische Union sollte bei allen Gesprächen mit der Türkei die Meinungs- und Pressefreiheit zu einer klaren Bedingung für einen möglichen EU-Beitritt machen."

Erdogan hat während der vergangenen Jahre seinen Einfluss auf Teile der Medienlandschaft ausgedehnt. Der unabhängige türkische Presserat rügte bereits, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Turkish Radio and Television Corporation (TRT) dem Politiker im aktuellen Wahlkampf zu viel Sendezeit einräume. Am 4. Juli dieses Jahres strahlte TRT zum Beispiel eine Wahlkampfrede Erdogans in ihrer gesamten Länge von einer Stunde und zwanzig Minuten aus, während er dem gemeinsamen Kandidaten der grössten Oppositionsparteien MHP und CHP, Ekmeleddin İhsanoğlu, gerade einmal eine Minute zubilligte. Als Selahattin Demirtas. Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei der Völker (HDP), den TRT ebenso fast vollständig ignoriert, dem Sender einseitige Berichterstattung vorwarf, drohte TRT-Intendant İbrahim Şahin sogar, Live-Sendungen mit Demirtaş zu unterbrechen, sollte er die "schweren Anschuldigungen" wiederholen.

Eingriffe in die Berichterstattung

Die Politik greift auch direkt in die Berichterstattung ein. Am 16. Juni dieses



Jahres etwa verbot ein Gericht in Ankara allen türkischen Medien, über die Entführung von 80 türkischen Bürgern im Nordirak durch die islamistische Terrororganisation ISIS zu berichten. Bei Verstössen drohten Bussgelder oder ein temporärer Lizenzentzug für Radio und Fernsehsender. Wegen ihrer kritischen Meinung wurde seit Juli vergangenen Jahres bis Juni dieses Jahres insgesamt 384 Journalisten gekündigt oder sie wurden zur Kündigung gedrängt.

Wenn sie allzu kritisch berichten, müssen Journalisten in der Türkei mit Ge-

Erst am 8. Juli dieses Jahres hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei verurteilt, weil sie über ein Jahr lang die beiden Journalisten Ahmet Sik und Nedim ohne ausreichende Beweislage in Untersuchungshaft inhaftiert hatte. Die beiden hatten zuvor kritisiert, der türkische Staat überziehe die politische Opposition mit Gerichtsverfahren und wolle Kritiker mit Prozessen zum Schweigen bringen. Derzeit sitzen noch drei Journalisten im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit hinter Gittern. (Text Reporter ohne Grenzen)

Impressum

Humanitas Helvetica e.V. - Newsletter



Herausgeberin Humanitas Helvetica e.V. Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich http://www.humanitas-helvetica.ch Verantwortlicher Redaktor

Hans-Ulrich Helfer helfer@humanitas-helvetica.ch

Layout, Website Swisswebmaster GmbH info@swisswebmaster.ch

ErscheinungsweiseRegelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Unterstützung

Website: www.humanitas-helvetica.ch Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 85-587554-5: IBANCH50 0900 0000 8558 7554 5 Vermerk: "Spende"

Druck Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.





www.humanitas-helvetica.ch
Danke für die Unterstützung auf Postcheckkonto 85-587554-5
IBAN: CH50 0900 0000 8558 7554 5